

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Behauptungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Bezugspreis: Monat April 4000 M. ohne Jafragen. Einzelne Nummer 170 M., Sonntags 200 M. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindepfand-Ostkonto Nr. 3. Postfachkonto Dresden 12548.

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Zeile 180 M., außerhalb der Amtshauptmannschaft 240 M., im amtlichen Teile (nur von Behörden) Zeile 400 M. — Eingeladene und Reklamen Zeile 500 M.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 91

Freitag den 20. April 1923

89. Jahrgang

Mehl und Brot.

Um den allgemeinen Preisabbau zu unterstützen, werden im Zusammenwirken des Kommunalverbandes mit den Mältern und den Bäckern die Mehl- und Brotpreise vom 23. d. Monats ab herabgesetzt:

1. der Mehlpreis bei
 - a) Roggenmehl 85 % auf 31 000 M.
 - b) Weizenmehl 85 % auf 32 780 M.für 100 kg ab Mühle, netto Rasse ohne Sad,
2. der Kleinhandelspreis bei
 - a) Roggenmehl 85 % auf 185 M.
 - b) Weizenmehl 85 % auf 195 M.für 1 Pfund,
3. der Brotpreis auf 190 M. für ein Pfund und auf 720 M. für ein Brot von 1900 g (bisher 750 M.),
4. der Preis für Weizengebäck 90 g (Semmel) auf 45 M.

Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

Die Backausbeute für 100 kg Roggenmehl wird mit Wirkung vom 2. d. Ms. ab von 136 auf 135 kg Brot herabgesetzt. Bei der Brotmarkenablieferung werden nunmehr gerechnet

1000 g Brotmarken = 740 g Roggenmehl
1900 g Brotmarken = 1406 g Roggenmehl
Das Umrechnungsverhältnis für Weizenmehl bleibt unverändert.
Dippoldiswalde, am 18. 4. 1923.
Der Kommunalverband.

Verlässliches u. d. Sächsisches

Dippoldiswalde, 19. April. Weil die städtischen Anlagen (Steuern) eine Höhe erreicht hatten, die die Erschließung neuer Einnahmequellen nötig erscheinen ließ, erfuhr die Stadtverordneten heute vor 25 Jahren den Stadtrat u. a. um Einführung der Biersteuer.

Reichstagsabgeordneter Stollmann-König, der, als im besetzten Gebiet wohnend, die dortigen Verhältnisse und die des Ruhrgebietes aus eigener Überzeugung bestens kennt und der sich gegenwärtig wegen der Reichstagswahlen in Berlin aufhält, wird am Sonntag im Schützenhaus in öffentlicher Versammlung der W.P.D. über die politische Lage im Reich und über die Ruhrbesetzung sprechen. (E. Inzerat.)

Nach einer Mitteilung des Landeskohlenamtes ist mit einer weiteren Kohlenpreiserhöhung in nächster Zeit kaum zu rechnen. Es empfiehlt sich deshalb dringend, die jetzige günstige Kohlenlage auszunützen und sich, wenn möglich, schon für den Winterbedarf einzudecken, da die Lage in einigen Wochen eine ganz andere sein kann. Die hiesige Ortskohlenstelle hat die jetzt noch gültigen Kohlenbezugscheine schon vor einiger Zeit freigegeben, d. h. es können auf diese Scheine bis zu ihrer Einziehung weiterhin Kohlen bezogen werden, wenn auch die auf ihnen angegebene Menge bereits abgenommen worden ist. Die Verteilung der neuen Scheine findet voraussichtlich erst Anfang Mai statt. Die ausstehenden Fragen sind, wie uns mitgeteilt wird, von den Hausbesitzern leider noch nicht alle zurückgegeben worden, sodass dadurch die Vorarbeiten wesentlich aufgehalten werden.

Am kommenden Mittwoch wird die Gesellschaft „Erholung“, wie bereits bekannt gegeben worden ist, die Operette „Reihner Mädel — Reihner Wein“ aufführen. Der Eintrittskarten-Vorverkauf hat gezeigt, daß auch diesmal wieder für die Veranstaltung reges Interesse vorhanden ist. Die nummerierten Plätze sind nahezu ausverkauft, doch sind nichtnumerierte Karten noch vorhanden, und auch von diesen Plätzen aus kann jeder die Vorgänge auf der Bühne gut übersehen.

Der von der Zuckerwirtschaftsstelle in Berlin für den Monat April freigegebene Mundzucker wird mit je 1 Pfund auf die Abnehmer L und M der Zuckerkarte ausgeben. Der Fabrikgrundpreis für den Aprilzucker ist der gleiche wie für den März-zucker. Es werden sich deshalb auch die Kleinverkaufspreise auf der bisherigen Höhe halten.

Stiern-Lichtspiele. Am Freitag beginnt der erste Teil des dreiteiligen Auslands-Sensations-Großfilms „Das Geheimnis der Quillatime“, welcher den Titel „Galaor, der Held aus dem Volke“ trägt. Die streng logisch aufgedachte Handlung, welche dem Geschmack des Publikums Rechnung trägt, bringt neben Szenen höchsten Empfindens stärkste Sensationen, die bei den bisherigen Aufführungen des Filmes wiederholt lebhaften Beifall hervorriefen. Galaor, der Held und Sieger aus dem Volke, der auch der Held des Filmes ist, wird sich auch hier im Fluge die Gunst der Zuschauer erwerben. Wer den ersten Teil gesehen, wird mit Spannung und Interesse den weiteren Teilen folgen.

Wegen Nichtbefolgung der Ministerialverordnung über das Anbringen von Preisrückstellungen an den Waren in den Schaufenstern erhielt der Produzent-Geschäftsinhaber Schreiber in Dresden Strafbefehl über 2400 M. Auf dessen Einspruch verordnete das Schöffengericht und erhöhte die Strafe auf 10 000 M. oder für je 150 M. einen Tag Gefängnis.

Der Hauptverein für Bienenzüchter gibt dieses Jahr Bienenzüchtereisen nur an solche Vereine, welche dieselbe schon von sich aus gefördert haben. Infolge der politischen Lage fällt die Reihner Ausstellung aus, die nächstjährige findet aber selbstig statt. Da die Gemeinnützigkeit der Bienenzüchtereisen

anerkannt wurde, so kommen Körperschafts- und Umsatzsteuer in Fortfall. Standschauen werden wieder eingeführt, Vorträge aber nur noch in Gruppenversammlungen gehalten. Die Zuckerfrage darf in den Vereinen nicht überwiegen, Ziel ist vielmehr die Herausgabe einer bewährten Landrasse, wozu der Hauptverein durch Errichtung einer dritten Versuchstation in Maßlis bei Oschatz beitragen will. Wegen Überlastung ist der Hauptvereins-Geschäftsführer Thiel zurückgetreten. 300 000 M. an freiwilligen Spenden gingen bisher für die Reichswissenschaftliche Forschungsstelle für Dienenzucht ein. Der Rückgang der Dienenzucht beträgt 205 000 Vögel oder 18 1/2 %; um ihm Einhalt zu tun, sind von der Reichszuckerstelle 15 Millionen Pfund Zucker freigegeben worden.

Die von der Sächsischen Bank mit dem Datum vom 12. September 1922 ausgegebenen (gelben) Banknoten zu 500 und 1000 M., die überhaupt nicht unter den Begriff des jetzt einzuziehenden „Notgeldes“ fallen, sind, wie erneut betont sei, nach wie vor uneingeschränkt umlaufsfähig. Von dem auf diesen Notizen ersichtlichen Vorbehalt eines Aufzuges zur Rückzahlung vom 1. April 1923 (wie er sich ähnlich auch auf der Mehrzahl der in letzter Zeit verausgabten Reichsbanknoten findet), ist bisher kein Gebrauch gemacht worden. Dagegen sind die unter dem 15. September 1922 ausgegebenen (grünen) Notgeldscheine der Sächsischen Staatsbank über 500 M. seit dem 5. April 1923 nicht mehr umlaufsfähig. Sie werden bis zum 19. April 1923 nicht mehr umlaufsfähig. Sie werden bis zum 19. April 1923 nicht mehr umlaufsfähig. Sie werden bis zum 19. April 1923 nicht mehr umlaufsfähig.

In vielen Fällen können Erwerbslose eine Arbeitsgelegenheit nicht ausnützen, weil sie nicht über die erforderliche Ausrüstung, insbesondere nicht über die Arbeitskleidung, verfügen. Um diesem Uebelstande abzuwehren, hat sich der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister durch Erlass vom 27. März d. J. damit einverstanden erklärt, daß Erwerbslosen aus Mitteln der Fürsorge die erforderliche Arbeitsausrüstung vorgestellt wird, soweit sie ihnen nicht zur Verfügung steht, aber üblicherweise von ihnen beigebracht werden müßte. Es ist in die Wahl der Gemeinden gestellt, ob sie im einzelnen Falle dem Arbeitslosen die erforderlichen Gegenstände selbst oder das zu ihrer Anschaffung notwendige Geld darlehensweise vorstrecken wollen. In Fällen besonderen Bedarfses kann die Gemeinde bis zum zwölffachen Betrage des täglichen Unterhaltungsbedarfes auf die Rückzahlung verzichten. Zuständig zur Zubilligung sind die Träger der Erwerbslosenfürsorge, die die Erwerbslosen bisher unterstützt haben.

Die Dresdner Handelskammer hatte die erhöhte Ausgabe von 20 000- und 30 000-Mark-Scheinen beantragt und jetzt von der Reichsbank den Befehl erhalten, daß diese wieder in der Lage sei, allen an sie herantretenden Anforderungen nach Geldmitteln gerecht zu werden. Die Ausgabe von 20 000- und 30 000-Mark-Scheinen sei beträchtlich gesteigert worden. Ferner werde die Ausgabe von Noten von 30 000 M. vorbereitet und außerdem beabsichtigt die Reichsbank, die bekannten 100 000-Mark-Noten vergrößert herauszugeben. Unter Umständen sollen auch Noten im Werte von 1/2 Million Mark gedruckt werden.

Der Konsumverein Vorwärts Dresden erzielte in den ersten 9 Monaten des laufenden Geschäftsjahres einen Gesamtumsatz von 11 Milliarden Mark. Die Gesamtsumme der eingezahlten Geschäftsanteile beträgt 310 Millionen Mark. In Sparteinlagen waren 207 Millionen Mark vorhanden.

Glaschwitz. Vor der Prüfungskommission für das Uhrmacher-gewerbe der Gewerkekammer Dresden legten am letzten Donnerstag die Herren Karl Richter und Otto Rüdiger als Tafeluhren-geläufemacher und Herr Rudolf Eger als Uhrmacher die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

Hermsdorf (Ergeb.). Nächsten Sonntag nachmittags 2 Uhr veranstalten die beiden Jugendgruppen „Freunde“ aus Frauenstein und „Freunde und Treue“ aus Hermsdorf bei gutem Wetter auf grüner Waldwiese des hiesigen Jollhauses eine öffentliche Frühlingsfeier bei der gemeinsame Gesänge, Dichtungen, Ansprachen, Reigen und Volksspiele miteinander abwechseln werden.

Das Hauptstück der Feier, ein schönes Waldspiel „Der Weistühnig“ wird von den Frauensteinern ausgeführt. Vor Schluß der ganzen Veranstaltung wird nachmittags 5 Uhr am Walde eine von den Hermsdorfern übernommene kurze Abendfeier gehalten. Jung und alt, besonders alle Freunde und Gönner der Jugend von hier und den umliegenden Dörfern sind herzlich dazu eingeladen.

Dresden. Der Haushaltsausschuß A des sächsischen Landtages behandelte am Mittwoch u. a. die Frage der staatlichen Leistungen an die evangelische Landeskirche. Hierzu lagen mehrere Petitionen des Landeskonfessionsrats, des Pfarrervereins und der Kirchenbeamten vor. Zur Verhandlung stand gleichzeitig das von der juristischen Fakultät der Universität Leipzig auf Eruchen des Landtages erstattete Gutachten über die für die sächsische Regierung stichtige Frage betreffend Staatsleistungen an die Kirche. Die Berichterstatterin Abg. Fräulein Hertwig (D. V.) gab einen Überblick über den Inhalt des sehr umfangreichen und gründlichen Gutachtens, das zu dem Schluß kommt, daß die in der Reichsverfassung festgelegte Verpflichtung des Staates zur Gewährung der bisherigen Leistungen an die Kirche den veränderten Geldverhältnissen anzupassen, d. h. daß die Sätze entsprechend zu erhöhen sind. Bekanntlich stellt sich die sächsische Regierung auf den von den bürgerlichen Parteien behaupteten Standpunkt, daß „bisherige Leistungen“ in der Reichsverfassung so auszuliegen seien, daß nur diejenigen Beträge, die bei Inkrafttreten der Reichsverfassung staatsseitig an die Kirche geleistet wurden, auch jetzt noch ohne Rücksicht auf die Geldentwertung einzustellen seien, und zwar nur in Form verzinslicher Darlehen. Das genannte Gutachten stellt fest, daß in Sachsen heute noch zwischen Staat und Kirche eine Interessengemeinschaft besteht, die den Staat zur Erfüllung von Leistungspflichten unter Berücksichtigung des verschobenen Geldwertes zwingt. Auch über die für die Einhebung von Kirchensteuern in Sachsen geschaffene neue Gesetzgebung äußert sich das Gutachten. Es kann hierin keinen Grund finden, den Staat von seiner Pflicht der Kirche gegenüber zu entbinden. In der Ansprache wurde hervorgehoben, daß die Linksparteien im sächsischen Reichstagsparlament das Steuerrecht der Kirche ganz wesentlich beschnitten haben. Umso mehr wachse der Posten an, den der Staat von sich aus zu leisten habe. Die Regierung wiederholte ihren feierlich im Landtag durch den Kultusminister geäußerten ablehnenden Standpunkt, der von der bürgerlichen Seite bekämpft

wird. Die Pensionierung von Geistlichen ist in Sachsen von Alters her gesetzlich begründet und das juristische Gutachten befestigt in diesem Punkte jeden Zweifel über die Staatspflichten. Die Regierung erklärte, in diesem Falle die gleiche Auffassung zu haben, wie das Gutachten, und demnach einen Gesetzentwurf vorlegen zu wollen. Die Berichterstatterin stellte folgende drei Anträge: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, 1. die im Kap. 93 Lit. 9 des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1921 eingesehene Summe entsprechend dem gegenwärtigen Besoldungsbedarfe der evangelisch-lutherischen Landeskirche zu erhöhen und als feste Staatsleistungen einzustellen; 2. die nach dem Reichstagsbeschlusse vom 14. Dezember 1922 vom Reiche bereitgestellten Vor-schüsse unverzüglich anzufordern; 3. die Pensionsverhältnisse der Geistlichen und deren Hinterbliebenen gemäß der im Gutachten der juristischen Fakultät Leipzig vertretenen Rechtsauffassung un-gesamtlich zu regeln und die entsprechenden Mittel als feste Staatsleistungen in den Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1923 einzustellen. Die Abstimmung wurde ausgesetzt, um dem Fraktionen Ausschuss zur Stellungnahme zu geben. — Der Rechtsausschuß beriet den demokratischen Antrag auf Abschaffung der standesherrlichen Fischereigerechtigkeiten in der Oberlausitz. Auf Antrag Bünge wurde die Beratung bis zur geschilderten Ne-regelung der Frage der Unterhaltungsvereinfachungen ausgesetzt. Der demokratische Antrag betreffend Abänderung der Jagdrechte wurde teilweise durchberaten, eine Beschlußfassung erfolgte im Hinblick auf eine von der Regierung zu erwartenden Vorlage nicht. — Im Haushaltsausschuß B wurde die Eingabe der Stadt Hohnstein (Sächs. Schweiz) wegen Verlegung der Mühlbergstraße eingehend mit Regierungskommissaren verhandelt, nachdem in voriger Woche eine Besichtigung des Aufschlagsortes und der Lage überhaupt durch den Ausschuss erfolgt war. Ein Neubau würde mehrere 100 Millionen Mark erfordern, die zu bewilligen die Regierung, abgesehen von der Finanznot, umso weniger im-stande zu sein erklärte, als es sich um eine Kommunalstraße handelt. Die Entschleunigung über das weitere Schicksal der Eingabe wurde auf die nächste Sitzung verschoben. Weitere Eingaben wegen der Kohlensteuer zugunsten der Straßenbahnen, wegen einer Kraftverkehrsanlage zwischen Scharfenberg und Meißel und wegen der Tarifpolitik der Eisenbahn wurden nach eingehenden Verhandlungen der Regierung zur Kenntnisnahme und teils als Material überwiesen.

Dem Landtage ist von der Regierung ein Gesetzentwurf über eine weitere Änderung des allgemeinen Berggesetzes zu-gegangen.

Dresden. Die Arbeitsmarktlage in Sachsen zeigte in der Be-richtswoche in fast allen Berufsgruppen eine weitere Ver-schlechterung. Die Erwerbslosenzahl ist nach wie vor im Steigen begriffen, die Zahl der Kurzarbeiter hat sich weiterhin bedeutend erhöht. Offene Stellen werden nur in ganz geringem Maße gemeldet. Die Vermittlungstätigkeit war äußerst schwach. In der Landwirtschaft hat die Nachfrage nach männlichen Arbeitern nach-gelassen.

Ein neues Betriebsamt der staatlichen Elektrizitätswerke. Das Umspannwerk Dresden-Süd in Niederschönau, das bisher vom Betriebsamt Pirna der staatlichen Elektrizitätswerke mit ver-waltet wurde, ist jetzt einem eigenen Betriebsamt unterstellt worden. Das Umspannwerk Dresden-Süd vermittelt die Strom-versorgung von Lauta und Hirschfelde nach Mittel- und West-sachsen und ist einer der wichtigsten Zentren für die Landes-stromversorgung. Die Leitung des neuen Betriebsamtes Dresden-Süd, das am 16. April eröffnet worden ist, wurde dem Ober-ingénieur Feistner von den staatlichen Elektrizitätswerken über-tragen.

Eine kleine Heldentat vollbrachte dieser Tage ein Schlofferlehrling in Dresden. Mit seinem Rade den Wilben-Mann-Berg hinabfahrend, bemerkte er einen jungen Mann, von dessen Rad die Kette abgerungen war und der sich nun ohne Bremse seinem Schicksal überlassen mußte. Der Lehrling brachte sein Rad mit großer Gelistesgegenwart an die Seite des Rad-fahrers, sahete ihn an der Schulter und brachte durch Anbremsen seines eigenen Rades sich und den jungen Mann zum Stehen, worauf er seine Fahrt fortsetzte.

Loschwitz. Die Schwebelbahn fordert von Monat zu Monat steigende Zuschüsse. Jedem wird bald ein neues Seil gebraucht, das 25 Millionen Mark kostet. Trotzdem wird an eine Still-legung nicht gedacht.

Leipzig. Die öffentliche Ausschreibung der Erd- und Maurer-arbeiten für 20 Kleinwohnungen der Stadt Leipzig in Leipzig-Protzsch hatte folgendes Ergebnis: Die Angebote schwanken zwischen 118 352 880 und 280 718 280 M. 28 Firmen haben sich beworben.

Elechia. Der Milchhändler Seifert vom Rittergut Kretzky hand längere Zeit schon im Verdacht, Milch gepanscht zu haben. Es ist nunmehr festgestellt worden, daß er innerhalb der letzten drei Monate täglich der ihm anvertrauten Milch bis 10 Liter Wasser beigelegt hat. Er hatte die mehrgewonnene Milch in Riesa in einigen Wirtschaften in Schnaps und Bier umgefesht.

Deberan. Eine mißglückte Flucht unternahmen zwei hiesige Handlungslehrlinge. Nachdem der eine vorher mittels Schecks, dessen Unterschrift er gefälscht hatte, 3 Millionen Mark aus der Otrokasse abgehoben, wanderten sie nach Flöha, um sich dort neu einzukleiden und von hier aus die Reise nach Wien anzutreten, um dort Arbeit zu suchen. Der dritte Reisegesährte, ein 17-jähriger arbeitsloser Schloffer kehrte unterwegs um und meldete den Vor-fall sofort der durch die Scheckfälschung geschädigten Firma. Ein Inhaber derselben fuhr mit einem Gendarm im Auto sofort nach Flöha, wo sie die hoffnungslosen Burschen vor Einfahrt des Schnellzugs auf dem Bahnhof verhafteten.

Schlagwilde. Im Alter von 78 Jahren ist der frühere Bürgermeister und Ehrenbürger der Stadt Josef Vogt gestorben. Vom einfachen Webergesellen führte sein Lebensweg bis zum Bürgermeister. Fast ein halbes Jahrhundert hat er in städtischen Diensten gestanden, 28 Jahre war er Bürgermeister. Am 1. Januar dieses Jahres trat er in den Ruhestand. Er war der dienst-älteste Bürgermeister Sachsens.

Widmann. Ein Schulknabe versuchte hier auf der Marien-thaler Weiche die Entgleisung eines beladenen Wagens der Straßen-bahn durch Einmischung eines Steines in die Räder. Der Unfall ging noch glimpflich und ohne Verletzungen ab.

Die Ruhrdebatte im Reichstag.

Im weiteren Verlauf der außenpolitischen Reichstagsdebatte am Dienstag erklärte Abg. Stöcker (Komm.): Der französische Militarismus und Kapitalismus sucht seine politischen Ziele im Ruhrgebiet zu verwirklichen. Das Proletariat aller Völker muß diesem Willen Einhalt gebieten.

Abg. Wipers (D.-Pann.): Auch die deutschen Sozialisten halten freu zum Vaterlande. Wer in der jetzigen Lage Verhandlungen mit dem Feinde anknüpft, der stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft.

Abg. v. Graefe (Dvödl.): Viele Worte des Ministers sind allen Deutschen aus der Seele gesprochen. Deutschland hatte schon, als es 30 Goldmilliarden anbot, viel zu viel angeboten. Denn das sind 150 Billionen Papiermark. Frankreich strebt die Vernichtung Deutschlands an. Nicht so erhehend ist die Anrufung der internationalen Großfinanz. Zu vermissen sei ein Eingreifen der Reichsregierung gegenüber den Uebergriffen in Preußen, Sachsen und Thüringen.

Am Mittwoch, dem dritten Tage der großen außenpolitischen Debatte, war am Regierungstische Reichstanzler Cuno mit dem Außenminister v. Rosenberg erschienen. Als erster Redner nahm das Wort

Abg. Dr. Breitsheld (Soz.)

der es für notwendig erachtet, daß absolute Klarheit über die Absichten der Regierung bestesse, und daß alle Mißverständnisse beseitigt werden müßten. Leider war die Rede des Außenministers in verschiedenen Punkten mehrfacher Deutung fähig. Selbstverständlich ist das Festhalten am passiven Widerstand. Der Standpunkt der Regierung deckt sich da vollkommen mit dem unsrigen. Der Gedanke bewaffneten Kampfes ist von allen Rednern zurückgewiesen worden. Selbst Herr v. Graefe hat sich darauf beschränkt, von einem aktiven Kampf nur gegen Polen zu sprechen. Redner polemisierte des Weiteren gegen die Abg. Hoehsch und Stöcker.

Wir begrüßen die Betonung des gewaltlosen, unbewaffneten Kampf durch den Minister — so fassen wir die Rede wenigstens auf — Widerspruch rechts — und die Verhandlungsbereitschaft. Mit Genugtuung stellen wir auch das Bekenntnis des Ministers zum Reparationswillen fest trotz der Ruhrbesetzung. Die Rede des Ministers Dr. Becker klang anders. Das Kabinett sollte nach außen einheitlicher auftreten. Durch ihre Interpretation haben die guten Freunde des Kabinetts Cuno diesem bei unklaren Äußerungen leider oft Vorentscheid erwiesen. Eine Meinungsverschiedenheit aber besteht zwischen Dr. v. Rosenberg und uns: Wir sind der Ansicht, daß ein positives Angebot an die Entente gerichtet werden muß. Leider können wir die Rede des Ministers v. Rosenberg nicht als Angebot betrachten, soll sie ein solches sein, so hätte das Angebot in Form einer offiziellen Note erfolgen müssen. Ein Widerspruch zu den sonstigen Ausführungen Herrn v. Rosenbergs bestand in seinem Zurückgreifen auf den Vorschlag, die Prüfung unserer Leistungsfähigkeit einem fremden Sachverständigenkollegium zu übertragen. Dabei schneiden wir vielleicht schlechter ab als bei einem direkten Angebot von unserer Seite. In bezug auf die Sicherheiten aber erklären wir bestimmt: Nicht ein Fuß breit deutschen Bodens soll abgetreten werden.

Dagegen sind wir bereit, den Gottesfriedenspakt auf längere Zeit auszudehnen und auch auf einen Krieg nach Osten zu verzichten und auch Rheinland und Westfalen zu entmilitarisieren. Eine offene Politik ist das beste Mittel; das Ministerium Cuno kann durch ein positives Angebot Vertrauen im Auslande erwerben. Mit den Bergarbeitern im Ruhrgebiet meinen wir, das ist kein Zeichen der Schwäche, sondern der inneren Stärke. (Beifall links.)

Abg. Dr. Kaufsch (Ztr.)

schildert die Lage am Rhein, die sich wesentlich verschärft habe. Die mittelalterliche Schuldnechtschaft will man jetzt einem ganzen Volke auferlegen, und zwar einem Volke, das große Verdienste um die Menschheit erworben hat. Dantbar erkennen wir die Sympathieäußerungen und Hilfsaktionen aus dem Auslande an. Besonders dankbar müssen wir dem Papst für seine Haltung während des Krieges und nach dem Kriege sein. Pius XI. ist ein würdiger Nachfolger Pius' X. Auch den deutschen Bischöfen und der schwedischen evangelischen Landeskirche müssen wir danken. Amerika steht an der Spitze aller Völker in der humanitären Hilfe für unsere Notleidenden. Amerika hat eingesehen, daß der Frieden von Versailles kein Glück für die Völker sein würde, und hat ihn nicht unterzeichnet. Aber Amerika sollte jetzt auch

aktiv eingreifen.

damit dieser Friede liquidiert wird. Zur Neutralisierung des Rheinlandes sage ich mit ungewisser Klarheit und Bestimmtheit unsere Meinung gegen alle diese Pläne. Wir hegen Mißtrauen gegen alles, was man Neutralisierung des Rheinlandes nennen möchte. Dieses Problem hat seine Geschichte seit dem Dreißigjährigen Kriege.

Wir treibt nicht der Haß gegen Frankreich, sonst müßte ich ja nicht Christ sein und würde nicht würdig sein, dem Stände anzugehören, aus dem ich komme. Wir wünschen glühend die Verständigung mit Frankreich, die in Jahrtausenden noch nicht zustande gekommen ist. Aber Frankreichs Verhalten muß die Abneigung des Rheinlandes verschärfen. Im Krieg haben gerade unsere Gegner immer das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker betont. Will man es für das alte Kulturland am Rhein nicht gelten lassen, sondern darüber entscheiden wie über ein herrenloses Land? Wenn über diese Frage entschieden werden soll, dann verlangen wir eine Volksabstimmung, deren Erfolg allerdings nicht zweifelhaft sein kann. (Beifall.)

Herr Breitsheld hat der Regierung ein bestimmtes Handeln vorgezeichnet, aber die deutsche Regierung hat nur ein sehr geringes Maß von Handlungsfreiheit. Wenn Deutschland ein Angebot ähnlich dem englischen Vorschlag machen soll, so bin ich damit einverstanden, aber es kann nicht mehr angeboten werden, als geleistet werden könnte.

Staatssekretär Freiherr von Raßbach:

Nur Befehltauna des Reichskommissa-

rials für die besetzten rheinischen Gebiete bemerke ich folgendes: Das Reichskommissariat, das eine außerordentlich verdienstvolle Tätigkeit im Interesse der bedrückten rheinischen Bevölkerung entwickelt hat, wurde von Anfang an von den französischen Annexionspolitikern und von dem kleinen Häuflein der in ihrer Gefolgschaft befindlichen rheinischen Separatisten als ein unliebsames Hindernis empfunden. Die Beseitigung dieser Einrichtung war einer der Programmpunkte dieser Kreise. Ich muß feststellen, daß die Interalliierte Rheinlandkommission, die nicht nur aus dem präsidentierenden französischen Oberkommissar, sondern auch aus Vertretern anderer Mächte besteht, sich zum Verleugern auch bei der Verwirklichung dieser Bestrebungen gemacht hat.

Was die Frage nach der Stellung der Regierung zur Verwendung französischer und belgischer Offiziere in der interalliierten Militärkontrolle anlangt, so möge dieses Hohe Haus glauben, daß die Reichsregierung das Gefühl, aus dem heraus dieser Interpellation entstanden ist, würdigt und achtet. Meine Damen und Herren! Schenken Sie bitte der Regierung das Vertrauen, daß sie auch in dieser schwierigen Angelegenheit bemüht ist, mit den Pflichten eines unterschriebenen Vertrages die ungeschriebenen Pflichten gegen das geduldet eigene Volk zu vereinbaren.

Abg. Dr. Heffertich (Dnall.):

Ich bin fest überzeugt, keines Franzosen Fuß hätte das Ruhrgebiet betreten bei noch so großer Sucht nach Gloire; niemals wäre das französische Volk wegen angeblich veräußert Lieferung von Kohlen und Telegraphenstangen in deutsches Gebiet eingedrungen, wenn diese Heilbenta mit dem Risiko eines neuen Kampfes verbunden gewesen wäre. Unsere Waffenlosigkeit hat sich als die stärkste Provokation der Franzosen erwiesen. Dennoch, trotz unserer Waffenlosigkeit, begrüßen wir den Ruf nach Aktivität, ja, wir sind die ersten mit, die von der Regierung in dieser schwierigen Lage und vom deutschen Volke selbst Aktivität gegen das uns zugebacht Schicksal verlangen, nicht etwa im Sinne kostloser und ausschließlicher Gewaltstreiche einzelner oder einzelner Gruppen, die ihrem Urheber bestenfalls den Ruf eines Schill einbringen würden, aber verhängnisvoll für ganz Deutschland werden könnten. Eine solche Aktivität wollen wir nicht, aber wir wollen auch nicht ausschließliche und verhängnisvolle Kopfhängerei und Quertreiberei auf dem Gebiete der Diplomatie, wir wollen

Aktivität und nicht Heroikität.

(Beif. Beifall rechts. Unruhe und Zurufe links.) Was durch den passiven Widerstand erreicht werden konnte, haben wir in entscheidenden Momenten bereits erreicht. Es hat sich gezeigt, daß auch ein waffenloses Volk gegen über solchen Herausforderungen nicht wehrlos ist.

In der unbedingten Ablehnung jeder Reparation, solange das Ruhrgebiet besetzt ist, sind sich alle Parteien einig, verschieben sich nur die Meinungen über die Wege. Darüber können wir uns aber in aller Ruhe und Sachlichkeit auseinandersetzen. Meinungsverschiedenheiten bestehen über die geforderte Aktivität der Regierung. Uns ist jede Aktivität recht, die den passiven Widerstand stärkt. Wir dürfen aber nicht die Kräfte des Volkes entmutigen und jede Aktivität im Volke im Keime ersticken. Deshalb sind wir dafür eingetreten, daß der Teuerung auch von der Seite der Valuta entgegengetreten wird, und wir erwarten, daß

die Stützungsaktion fortgesetzt

wird, auch wenn dabei das Gold der Reichsbank stärker herangezogen werden muß. In diesem Kampfe ist das Reichsbankgold unser Pulver, das verschossen werden muß. (Unruhe links.) Abg. Ledebour: Und die Steuern? Der stärkste Verbündete Frankreichs ist die Unkenntnis der Welt von der wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Der Dollar steigt!

Son unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter.

Schon in den letzten Tagen war die Stimmung am Devisenmarkt an der Berliner Börse alles andere eher als fest für die deutsche Reichsmark. Allerdings drückte sich diese Festigkeit für Auslandsdevisen nicht in den alltäglichen Kassakotierungen aus, da während der Notierungszeit die Reichsbank allen an den Markt herantretenden nachweisbar notwendigen Bedarf zu wenig veränderten Kursen befriedigte. Aber vor Beginn und nach Schluß des offiziellen Verkehrs wurden schon eine Zeitlang Kurse genannt, die erheblich über dem dann festgesetzten amtlichen Kurs lagen. Wenn man auch zugeben muß, daß vielleicht ein Teil der hier an den Markt kommenden Devisen tatsächlich Bedarf entsprungen ist, so geht man kaum fehl, diese Bewegung im variablen Verkehr mit ihren dauernden Schwankungen als Machenschaften der Spekulation anzusehen.

Ein gewisses Mißtrauen für die Dauer und die Durchführungsmöglichkeit der Stützungsaktion herrscht allerdings seit langem auch in Kreisen des Warenhandels. Die weitere Notensituation und die Widerprüche im Preisabbau führten weitere Kreise zur Steppis in der Beurteilung des Dollarkurses. Nun hat die Reichsbank in den letzten Tagen schätzungsweise 2 Millionen Pfund Sterling abgegeben und dennoch den Kurs nicht halten können. Unter geschickter Ausnutzung des durch die Verhältnisse gegebenen günstigen Zinsgeschäftes macht sich die internationale Spekulation zwar schon seit Wochen, aber stärker erst in den letzten Tagen wieder am Berliner Devisenmarkt geltend und arbeitet, das muß ihr zugestanden werden, nicht ungeschickt an der Unterminierung der deutschen Währung. Der finanzielle Dolchstoß! Besonders trüb wirkten nun die angeführten Momente auf den Devisenmarkt am Mittwoch, wo der Dollarkurs sprunghaft bis auf 29000 Mark getrieben wurde. Hatte man vorher vielleicht noch angenommen, daß die Berliner Spekulation den Devisenkurs trieb, um eine gewisse Befähigung auf den Effektenmarkt zu übertragen, so ist hiermit der Beweis geleistet, daß ein gemeinsames Vorgehen der Berliner und der internationalen Spekulation gegen die deutsche Reichsmark vorliegt. Es werden Stimmen laut, die diese Erscheinung in Zusammenhang bringen mit politischen Absichten und Tendenzen. So wird behauptet, daß Kräfte am Werke seien, die nach dem Ende des Verhandlungsgeredes, das nach den Reichstagsungen eingetreten ist, nun verjagen, auf dem Umweg über finanzielle Machen-

schaften den deutschen Widerstand zu brechen. Diese Argumentation läßt sich naturgemäß sowohl im Augenblick als auch überhaupt niemals ganz beweisen, aber ebenso wenig kann man sie glatt negieren. Jedenfalls wird sich nach diesen Erscheinungen am Markte der ausländischen Zahlungsmittel prüfen lassen, wie groß die augenblickliche Kraft deutscher Finanzinstitute zur Stützung des Marktkurses ist und wie weit die Staatsgewalt reicht, um gegen die jetzt nahezu staatsgefährdenden Devisenspekulanten vorzugehen.

An Hand dieser Vorgänge tritt die Frage der inneren Preisgestaltung wieder in den Vordergrund. Einmal werden jetzt die Erscheinungen deutlich, welche Einfluß haben auf die Gestaltung des Marktkurses, und damit wird andererseits die Beweisführung ein wenig hinsichtlich, daß für die Inlandwarenpreise der internationale Wert der Mark maßgebend gemacht werden müsse. Sieht man doch gerade jetzt deutlich, wer eigentlich in kritischen Zeiten immer den internationalen Wert der Mark bestimmt. Die lange Zeit mißachtete Indeziffer wird gerade durch die Vorgänge am Devisenmarkt in ihrer wahren Bedeutung als Maßstab für die innere Bewertung trotz aller ihr innewohnender Schwächen angesehen werden müssen. Und auch nur im Vergleich mit der Indeziffer darf jetzt die innere Preisgestaltung vorgenommen werden. Denn gerade im gegenwärtigen Augenblick droht die große Gefahr, daß angesichts eines von der Spekulation herausgehenden Dollarkurses das gesamte innere Preisniveau von neuem starke Erschütterungen erfährt. Es ist auch jetzt die Zeit für die Reichs- und Staatsregierung, zu beweisen, daß sie die Macht in der Hand haben, von großen Gesichtspunkten aus Preisregulierungen vorzunehmen. Sollten die gegenwärtigen Anschauungen, die zwischen größeren industriellen Kreisen und der Reichsbank hinsichtlich der Höhe des Dollarkurses bestanden und sich daraus ergaben, daß die Industrie zum Teil der höheren Exportfähigkeit wegen ein höheres Devisenniveau für notwendig hielt die Reichsbank dagegen aus politischen Gründen an bisherigen festhalten wollte, dahin führen, daß eine Heraushebung des Dollarkurses doch durchgeführt werden soll, so dürfte es in diesem kritischen Moment die Aufgabe der maßgebenden Kreise sein, die Öffentlichkeit aufzuklären, um unnötige Beunruhigungen zu vermeiden.

Gegen Englands Stimme!

Echo de Paris erfährt, daß die Ausweisung des Flottenkapitän bereits zwischen Poincaré und Theunis im März d. J. beschloffen wurde, damals aber nicht die nachgeachtete Zustimmung Englands fand. Jetzt wurde nur ein Beschluß der Rheinlandkommission mit Stimmenmehrheit gegen die englischen Stimmen gefaßt.

Manöver auf der Jungsaal.

Die Militärberatern in Düsseldorf, die zwischen den französischen und belgischen Generalen vor einigen Tagen stattgefunden haben und die auf eine Verstärkung der Truppen im neubefestigten Gebiet abzielten, schienen als erste Folge in der Essener Gegend Frühjahrsmanöver geteilt zu haben. Die Anwohner der Margaretenhöhe, einer Siedlung bei Essen, mußten mit Bedauern und Entsetzen feststellen, daß Kavallerieabteilungen in der Jungsaal des dortigen Gebietes Exerzierreiten abhielten.

In der Stadt Essen sind seit dem Inkrafttreten der Degoutte-Verordnung über die Erhebung der Kohlensteuer an den wichtigsten Straßenkreuzungen, ähnlich wie in anderen Orten des Industriegebietes, Militärposten aufgestellt, die die Ausschau nach Kohlenfuhrwerken halten. Wird ein solches Kohlenfuhrwerk angehalten, bringt es der Posten an einen Sammelplatz, wo über die weitere Verwendung bzw. Bestrafung der Beteiligten entschieden wird. Ueber die Zahl der bisher beschlagnahmten Kohlenfuhrwerke in den Straßen Essen ist bisher nichts Bestimmtes bekannt geworden, doch dürfte es sich allem Anschein nach nur um ganz geringfügige Mengen handeln, die bloß auf diese Weise in die Hände der Franzosen gefallen sind.

Degouttes Potemkin-Dörfer.

Der Essener Besuch Le Troqueurs gestaltete sich zu einem wohlvorbereiteten Paradebesuch. Schon tagelang vorher mußte es auffallen, daß die Aufladung des Koks und der Kohle mit merkwürdigem Eifer forciert wurde. Am Sonntag wurde auf der militärischen Straße alle 35 Minuten ein Zug (!) abgelassen. Schade nur, daß auf diese Weise alles mögliche Zeug besperrt wurde, aber bei dieser nicht guter Koks. Die Franzosen wenigstens, die bei der Verladung beschäftigt wurden, müssen von Koks etwas seltsame Vorstellungen haben. Denn im Ruhrgebiet erzählt man sich schon seit Wochen die hübsche Geschichte, daß kürzlich ein Zug in Frankreich angekommen ist, angefüllt mit die Frachteleute dort sehr dumme Gesichter gemacht haben, weil sie feststellen mußten, daß der vermeintliche Koks nichts anderes als Schlacke war. Zweitens darf man ruhig annehmen, daß die Paradezüge des Herrn Degoutte kaum weit über den Rhein hinwegkommen. Denn gerade im linksrheinischen Verkehrsbereich ist der passive Widerstand der Eisenbahner besonders fest.

Die Nordliste.

18. Gelsenkirchen, 5. 3. 23. Groot, Bergmann aus Pölsun. Wurde von dem französischen Posten auf der Jecher Westehait in Gelsenkirchen erschossen. Groot war aus dem Wege über die Anschlagstelle zur Jechenanlage, um zur Schicht zu gehen. Ein französischer Posten, der bei mehreren Waggons Ammonial Nachstand, gab auf ihn fünf Schüsse ab, von denen einer seinen sofortigen Tod herbeiführte.

19. Gelsenkirchen, 8. 3. 23. Hoelling, Eisenbahnüberwachungsbeamter. Während seines Dienstes auf der Bahnstrecke Loettinghausen-Annen von einem französischen Posten erschossen.

20. Schwaneheim, 9. 3. 23. Metz, Alexander, Arbeiter. In der Nacht vom 9. zum 10. 3. 23 in Orisheim auf dem Heimweg nach Schwaneheim von einem marokkanischen Wachtposten erschossen.

21. Buer, 11. 3. 23. Burg, Adolf, Kriminalassistent. In Zusammenhang mit der Erschießung von zwei französischen Offizieren von den Franzosen hinterücks erschossen, angeblich bei einem Fluchtversuch.

22. Buer, 11. 3. 23. Bittershagen, Elektromonteur. In Zusammenhang mit der Erschießung von zwei französischen Offizieren von den Franzosen hinterücks erschossen, angeblich bei einem Fluchtversuch.

23. Wier. 11. 3. 23. Fahrbed. Kranführer (Gefessenen) im Zusammenhang mit der Erschießung von zwei französischen Offizieren von den Franzosen hinterläßt erschossen. angeblich bei einem Fluchtversuch.

24. Dortmund. 11. 3. 23. Schäfers. Metallarbeiter, bayerischer Staatsangehöriger. Aus Anlaß eines Wirtschaftsstreits von französischen Soldaten erschossen.

25. Wetzlar. 12. 3. 23. Karl. Heinrich. Rottenarbeiter. Am 12. 3. 23 von einem marokkanischen Soldaten, der sich in Begleitung eines der Wirtschaft streikenden Offiziers befand, tödlich grundlos in der Wirtschaft Weber in Wetzlar erschossen.

26. Reddinghausen. 14/15. 3. 23. Hoffmann. Bergmann. In der Nacht vom 14. zum 15. 3. 23 von einem französischen Posten erschossen.

27. Hork-Emscher. 14. 3. 23. von der Hüh. Lokomotivführer. In Hork-Emscher auf einem Güterzuge von Franzosen durch drei Brüssler Scher verlegt, an deren Folgen er im Krankenhaus in Altessen starb.

28. Essen. 17. 18. 3. 23. Schulte. Kurt. Buchdruckermeister. Von französischen Soldaten erschossen.

29. Essen. 22. 3. 23. Wabed. Wilh. Anstreichermeister. 70 Jahre alt. Am 22. 3. 23 fuhr ein von den Franzosen beschlagnahmtes Auto, das den Besitzer mit seiner Frau im unbefestigten Gebiet abholen sollte, zu weit über die Grenze in die Stadt Dagen hinein. Beim Halten des Autos kam es zu Anfeindungen von Arbeitern, die in begrifflicher Erregung eine drohende Haltung annahmen. Die Franzosen zwangen darauf mit vorgehaltenen Revolver den deutschen Chauffeur, das Auto in das besetzte Gebiet zurückzuführen. Als sie etwa 200 Meter fort waren, feuerte einer der Franzosen ohne Grund aus Uebermut über die fünf Schiffe in die am Auslieferungsort noch stehende Menge, wodurch der 70-jährige Wabed schwer verletzt wurde. Er ist seinen Verletzungen später im Krankenhaus erlegen.

Strefemanns Vorschläge.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Als Kernstück des zweiten Verhandlungstages, der den Ausführungen des Außenministers Dr. v. Rosenberg gewidmet war, darf die Rede des Abgeordneten Dr. Strefemann gelten. Mit der ihm eigenen Gewandtheit verstand er es, eine Plattform aufzustellen, auf der sich alle Parteien zusammenfinden konnten, so daß diesmal die Einheitsfront gegen den Feind im Westen gewahrt blieb. Auch die Rippe des bestimmten, vom Abg. Müller-Franken verlangten Angebotes wurde von ihm glücklich umschifft, indem die Feststellung einer Mindestsumme für Reparationen in Anregung gebracht wurde, von der ein Gremium von Finanzfachverständigen auszugehen hätte, um eine Einigung über die Gesamtsumme zu erzielen.

Nicht weniger geschickt war der Inhalt, den er dem Begriff der „aktiven Politik“ gab, wobei dem Außenminister das Zeugnis ausgestellt wurde, er habe die im Januar begonnene aktive Politik bereits in glücklicher Weise fortgeführt. So riefte der Redner eine lange Reihe von Fragen auf, regte, indem er sie von den verschiedensten Seiten beleuchtete, zum Nachdenken an, ließ es an Entschiedenheit der Sprache gegenüber dem französischen Bedrücker nicht fehlen, so daß sich in dem ihm reichlich vom Hause und von den Tribünen gespendeten Beifall der das ganze deutsche Volk in dieser Stunde erfüllende Einheitsgebante und der Wille zum Durchhalten widerpiegelte.

Ein bayerischer Schritt in Berlin.

Minister Schweyer gegen die Nationalaktivisten.

Wie verkundet, ist der bayerische Justizminister Dr. Günther in der Angelegenheit der Haftbefehle gegen bayerische Nationalaktivisten nach Berlin gereist, um dort dahin zu wirken, daß die Lage, in die die bayerische Regierung durch die Haftbefehle des Staatsgerichtshofes geraten ist, nicht durch weitere Schritte verschärft werde. Man wird wohl nicht schiefgehen mit der weiteren Annahme, daß der bayerische Justizminister bei der Reichsregierung weitere persönliche Schritte unternehmen wird.

Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages fragte der Abgeordnete Graf Bestalozza (Bayerische Volkspartei) die Regierung, ob sie für den Fall rechtsradikaler Angriffe alle Vorbereitungen getroffen und alle Machtmittel in der Hand habe, um gegebenenfalls rechtsradikale Vorläufe in den Schwärzen zu halten, und ob sie insbesondere der Landespolizei sicher sei. Minister des Innern Dr. Schweyer wandte sich zunächst gegen die Geländebelagungen der vaterländischen Organisationen wie auch

Der tolle Haßberg.

(37. Fortsetzung.)

Aber dann wäre er möglicherweise gleich selbst gekommen! Der Gedanke, ihm heute schon gegenüberstehen zu müssen, jagte ihr das Blut in sähiger Hast zum Herzen.

So verbrachte sie ihre Zeit in qualvoller Unruhe und wußte nicht, was sie hoffen und fürchten sollte.

In diese qualvolle Unruhe hinein kam endlich Haßbergs Bursche. Regina ging gerade durch das Vestibül, als der Bursche erschien. Sie — im den Brief in Empfang und fertigte den Burschen schnell ab. Dann eilte sie in ihr Zimmer und schloß sich ein. Kraftlos vor Erregung sank sie in einen Sessel und hielt den Brief in der zitternden Hand. Sie wagte lange nicht, ihn zu öffnen. Ihr war es, als bringe er ihr Leben oder Tod. Endlich ermannte sie sich und öffnete ihn. Und als sie zu lesen begann, atmete sie wie von einer schweren Last befreit auf. Wieder und wieder las sie die Worte: „Ich warte in Sehnsucht, daß ich zu Solweig kommen darf, um meine Knie in Andacht vor ihr zu beugen und ihre lieben Hände zu küssen.“

Ruhiger wurde sie nicht durch dieses Schreiben. Aber ein wohlthätiger Tränenstrom löste die Spannung ihrer Nerven. Und sie wußte nun, daß sie recht getan hatte. Sie hatte auch ihren Mädchenstolz tief demütigen müssen, so hatte sie es doch getan, um den Mann, den sie liebte, nicht klein werden zu sehen vor sich selbst. Alle Zweifel waren wieder geschwunden. Sie wußte, er war es wert, von ihr geliebt zu werden.

Am liebsten hätte sie ihn nun gleich gerufen. Aber dann kam doch wieder ein echt mädchenhaftes Bangen

gegen die Antoradikalen Kreise und ermahnte dringend, alles zu unterlassen, was als Kriegsvorbereitung gedeutet werden könnte. Es dürfe nichts geschehen, was unseren Abwehrkampf an Rhein und Ruhr schwächen oder lähmen könnte. Die Frage, ob die Regierung im Falle von Ausschreitungen die nötigen Machtmittel besitze, könne er durchaus bejahend beantworten. In der Angelegenheit der Redakteure Weger und Eckardt erklärte der Minister, daß diese beiden den Reichspräsidenten bzw. den früheren Reichsjustizminister mit schweren Beleidigungen bedacht hätten. Es sei tief bedauerlich, daß in dem geschichtlichen Augenblick, wo der Feind im Lande stehe, mit Forderungen an die Regierung herantreten werde, die nicht nur nach Gesetz und Vertragsrecht unerfüllbar erschienen, sondern bei ihrer Verwirklichung schwere innen- und außenpolitische Gefahren mit sich brächten. Der Minister trat einstimmig der Ansicht gegenüber, daß die Haftbefehle des süddeutschen Senats nach Gesetz und Vertrag vollzogen werden müssen.

Ein Vorstoß des abgesetzten Sultans.

Neuer meldet ausairo: Der vormalige Sultan hat eine Proklamation an die Welt des Islam gerichtet, in der er erklärt, er selbst habe sich der Teilnahme der Türkei am Weltkriege widersetzt und sei mit der Trennung des Sultanats vom Kalifat sowie mit der Verlegung der Hauptstadt nach Angora nicht einverstanden. Er habe nur zeitweilig abgedankt, um die hohe Stellung des Kalifats zu retten. Er richtet heftige Angriffe gegen Mustafa Kemal Pascha, den er als den Verderber der Nation bezeichnet, weigert sich zum Schluß, die Entscheidungen der Angoraregierung anzuerkennen und spricht seinen Unwillen über die zwischen den Kemalisten und den Bolschewikern bestehende Verbindung aus.

Inland und Ausland.

Die Freizugsparthei vor dem Staatsgerichtshof. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wird am Donnerstag, dem 28. April, über die Beschwerde gegen die Auflösung der Deutschvölkischen Freizugsparthei verhandeln, die von den Regierungen von Preußen, Sachsen und Thüringen verfügt worden ist.

Die italienische Ministerkrise scheint ausgebrochen zu sein. Der der Volkspartei angehörende Minister Cabagioni und die Unterstaatssekretäre Bassalo, Milani und Gronchi hatten gestern mit Mussolini eine Besprechung. Der Ministerpräsident wünschte Aufklärung über das Programm der Volkspartei und ungewisse Erklärungen darüber, ob die Partei seine Politik mitmachen wolle. Cabagioni und dessen Freunde stellten Mussolini ihre Portefeuilles zur Verfügung, doch erklärten sie, daß die große Mehrheit der Partei mit der Regierung zusammenzuarbeiten wünsche. Mussolini nahm diese Erklärung zur Kenntnis, behielt sich aber seine endgültige Entscheidung vor.

Eine polnische Ente. Nach einer russischen Meldung aus Warschau soll der deutsche Volkshändler in Moskau mit der russischen Sowjetregierung ein Abkommen abgeschlossen haben, wonach unter Zustimmung des Vatikans deutsche Priester an die Stelle des katholischen Erzbischofs und anderer polnischer Priester in Rußland treten sollen. Diese Nachricht ist, wie amtlich mitgeteilt wird, in allen ihren Teilen unzutreffend.

Die Dienstpflicht in Polen. Die Militärkommission des polnischen Sejm beriet den Gesetzentwurf betreffend die Militärdienstpflicht. Angenommen wurde ein Antrag, demzufolge die Dienstzeit auf 1 1/2 Jahre festgesetzt wird, ferner ein Antrag, welcher die Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren zum militärischen Hilfsdienst verpflichtet.

Wiederwahl des Kabinetts Seipel. Der österreichische Nationalrat hat heute mit 100 gegen 59 Stimmen der Sozialdemokraten das Kabinett Seipel wieder gewählt. Aus dem bisherigen Kabinett scheiden infolge Zusammenlegung von Ministerien die Minister für Justiz und Eisenbahnen Dr. Weber und Odehnal aus. Anstelle des bisherigen Handelsministers und Großdeutschen Abgeordneten Kraft tritt der Großdeutsche Abgeordnete Schueff.

Tschechoslowakische Sprachverordnungen. Nach Meldungen aus Prag sind die Durchführungsverordnungen zum Sprachengesetz bereits fertiggestellt. Sie sind auf der Grundlage einer Dreiteilung des Staatsgebiets in ein rein tschechisches, ein gemischtes und ein vorwiegend deutsches mährisches Gebiet aufgebaut.

über sie vor der Situation, die sich bei ihrem ersten Zusammentreffen mit ihm ergeben mußte.

Einige Tage wollte sie die Zusammenkunft mit ihm hinauschieben. Sie mußte Zeit haben, sich zu sammeln, und es war auch gut, wenn er sich alles reichlich überlegte.

Dann dachte sie auch an Tante Therese. Was würde diese wohl sagen, wenn sie ahnte, was ihre Nichte an Haßberg geschrieben hatte? Ob sie es sehr verdammenwert fand? Und wie würde sie sich zu Haßberg stellen, falls dieser jetzt offen und ehrlich um sie werben würde? Daß Haßberg sie nicht aus Liebe zur Frau erwählte, würde die Tante sofort durchschauen, und sie würde Regina nicht verzeihen, wenn diese trotzdem Haßbergs Frau werden würde.

Regina strich sich aufseufzend das Haar aus der Stirn.

Leicht würde das alles nicht sein, aber doch nicht so schwer, wie die fortwährende Angst, daß Haßberg ihr Komödie vorspielen würde.

Schließlich würde Tante Therese sich in alles fügen. Sie hatte ihre Nichte viel zu lieb, als daß sie ernstlich etwas dagegen einzuwenden haben würde, was Regina ihrem Wesen nach tun zu müssen glaubte.

Noch lange saß Regina grübelnd über dem Briefchen. Sie las es wieder und wieder und immer bedeutungsvoller und wärmer erschienen ihr Haßbergs Worte.

Wie im Traume ging sie dann im Hause umher. Sie schloß sich gleichsam mit ihrem Gedanken gegen die Außenwelt ab. In dieser Stimmung kam ihr kaum zum Bewußtsein, was alle Welt in diesen Tagen in so atemlose Unruhe und Erwartung versetzte — die am Himmel aufziehenden Kriegswolken.

888 neue Ausweisungen. Die Reichsregierung hat den Regierungen in Paris, London und Brüssel im Anschluß an die bereits früher den dortigen Regierungen mitgeteilten Namen von Beamten, die mit ihren Familien aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind, in einer Note eine weitere Liste von zahlreichen Ausweisungsfällen überreichen lassen, die von der Interalliierten Rheinlandkommission angeordnet worden sind. Die neue Liste umfaßt 833 Personen.

Der Völkerbundrat eröffnete Dienstag seine 24. Tagung unter dem Vorsitz des englischen Vertreters Barb. Der Rat erledigte in geheimer Beratung verschiedene Verwaltungsfragen. Zu seiner Tagung, die eine Reihe wichtiger saar. ländischer Angelegenheiten zu behandeln hat, ist eine Abordnung von Mitgliedern des Bundesrats im Saargebiet eingetroffen.

Trögger auf der Ministerkuche. Nach Blätterstimmen hat der vom König zum Ministerpräsidenten ernannte Führer der Rechtsparthei, Trögger, das Ministerium des Auswärtigen dem schwedischen Gesandten in Berlin, Kamel, angeboten. Sollte Kamel ablehnen, so wird der schwedische Gesandte in Christiania, Hoier, als Kandidat für den Außenministerposten genannt.

Einladung der belgischen Schahwechsel. Wie die Agence Belge meldet, ist die dritte Serie der deutschen von der Reichsbank garantierten Schahwechsel, die der belgischen Regierung im Oktober 1922 als Reparationszahlung übermittelt wurden, am Dienstag zum Verfalltermin eingelöst worden. Wie die Agentur zu wissen glaubt, sind diese Schahwechsel bei einem holländischen Bankhause diskontiert worden.

Raub der Patente.

Auf Grund des § 306 des Vertrages von Versailles betreffend die deutschen Patente hat die von der französischen Regierung eingesehene Kommission mit neun Stimmen bei einer Stimmenthaltung die Entscheidung getroffen, dieser Paragraph solle baldigst in Anwendung gebracht und die in Frage kommenden Konzeptionen zwischen deutschen Patentinhabern und französischen Konzeptionisten für null und nichtig erklärt werden. Wie Matru dazu meldet, hat die Kommission sich vorerst mit dem Patent des Deutschen Reichers beschäftigt, das für die radioelektrische Technik von Bedeutung ist.

Aus aller Welt.

Reichtes Steigen der Großhandelspreise. Mitte April zeigen die Großhandelspreise gegenüber dem Stande vom Anfang des Monats bei leicht aufwärts gerichteter Bewegung nur geringe Veränderungen; das Preisniveau hat sich nach der Großhandelsstatistik des Statistischen Reichsamts von dem 4844fachen des Friedensstandes am 5. April auf das 4923fache oder um 1,6 v. H. am 15. April gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel von dem 3576fachen auf das 3604fache oder um 3,3 v. H. während die Industriefabrikate mit dem 7221fachen etwa auf dem Stande vom 5. April (7215fach) verharrten. Die Gruppenindex der Inlandwaren stieg von dem 4489fachen auf das 4568fache oder um 1,8 v. H., diejenige der Einfuhrwaren von dem 6623fachen auf das 6699fache oder um 1,2 v. H.

Wuchtigen großen Wald- und Heidebrand ist im Landkreis Harburg erheblicher Schaden angerichtet worden. Insgesamt sind 80 Morgen Holzbestand und 150 Morgen Heide vernichtet.

Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Vermögenssteuer und Zwangsanleihe.

Das Reichsfinanzministerium gibt bekannt: Junge Aktien, die im Jahre 1922 bezogen, aber bis zum 31. Dezember 1922 noch nicht zum Handel an einer deutschen Börse zugelassen waren, sind bei der Vermögenssteuer und der Zwangsanleihe wie die alten Aktien mit einem Abschlag von 10 v. H. des Steuerbetrages zu bewerten. Junge Aktien, die bis zum 31. Dezember 1922 bereits zum Handel an einer deutschen Börse zugelassen waren, sind genau wie die alten Aktien zu bewerten.

Vorzugsaktien sind mit dem vierfachen Steuerkurs höchstens aber mit 60 v. H. des Kurses am letzten Börsentage des Jahres 1922 zu bewerten.

Fällige Zins- und Dividendenscheine sind nur dann besonders zu bewerten, wenn sie nicht mehr zum Stück gehören, wenn der Steuerpflichtige das Stück nicht mehr besitzt. Abhängend ist grundsätzlich der Nennwert; dies gilt auch für ausländische Zins- und Dividendenscheine.

Erst als Tante Therese bei Tische davon sprach, daß, falls ein Krieg für Deutschland nicht zu vermeiden sei, eine große Anzahl ihrer persönlichen Bekannten mit ins Feld ziehen müßten, schraf Regina aus ihrer Träumerei auf.

Erst jetzt dachte sie daran, daß ja Haßberg einer der ersten mit war, die dem Feinde gegenüberzutreten mußten. Sie schauerte angstvoll zusammen. Aber dann tat sie, was in jenen angstvollen Tagen Tausende von Frauen getan, die um ihr Liebste zittern mußten — sie wehrte diesen Gedanken von sich ab. Es konnte ja nicht möglich sein — es durfte nicht sein.

Aber die Brandsadel, die einen Welkenbrand entfachen sollte, war schon entzündet. Ringsum standen Feinde auf, um über Deutschland in schänder Mißgunst und Nachgier herzufallen.

Der nächste Tag war der 31. Juli 1914.

Noch lag die unruhige Erwartung auf allen Gemütern. Die Zeitungen brachten das Ultimatum, das Deutschland an Rußland gestellt hatte.

Mit unruhig klopfendem Herzen hatte Regina die Berichte in den Zeitungen gelesen.

Sie war heute nicht fähig gewesen, ihren ablichen Morgenritt zu unternehmen — schon deshalb nicht, weil sie fürchtete, Haßberg zu begegnen. Deshalb schickte sie in aller Frühe zu Konsul Werner hinüber und ließ sich entschuldigen.

Gerta Werner und ihr Vater waren ebenfalls nicht in der Stimmung auszureiten. Sie hätten es nur Regina zu Gefallen getan. Da diese absagte, blieben auch sie zu Hause.

Man wartete gespannt auf die neuen Zeitungsberichte.

(Fortsetzung folgt)

Wie bis zum 31. August 1922 unter Verzinsung des Reichungspfeiles gezeichnete Zwangsanleihebeträge, die auf die endgültig zu zahlende Zwangsanleihe zum doppelten Nennbetrage angerechnet werden, gelten auch die bis zum 31. August 1922 durch Verzinsung, d. h. nicht durch Eingabe von Anleihebüchern über zahlte Notopferbeträge.

Die Frage des Erlasses eines Hypothekensperregesetzes beschäftigt die Öffentlichkeit nach wie vor auf das lebhafteste. Obwohl der ablehnende Standpunkt der Reichsregierung wiederholt bekanntgegeben und auch über die Ablehnung des Antrages Dr. Düringer und Genossen auf Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Hypothekengläubiger im Rechtsausschuss der Reichstages von der Presse berichtet worden ist, wird die Gelegenheit von der Presse nicht als abgeschlossen betrachtet. Um einer weiteren Beunruhigung der beteiligten Bevölkerungskreise nach Möglichkeit vorzubeugen, hat die Reichsregierung nunmehr die Frage des Erlasses eines Sperrgesetzes dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung zugewiesen.

Berliner Freibrief vom Mittwoch.

Der Devisenmarkt zeigte im heutigen Freibriefe ein seit längerer Zeit nie wieder gesehenes Bild. Der äußerst starke Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln stand anfangs nur geringes, späterhin fast gar kein Angebot gegenüber. So lag der Dollar, der vorbörslich auf etwa New York Parität mit 22 000 M. eingeleitet hatte, in schneller, ununterbrochener Folge sprunghaft auf 30 000 M. an. Polnische Notizen lagen auf 51 Prozent an.

Ämtliche Devisen-Notierung.

Devisen	Vortages-Parität	18. April		17. April	
		Geld	Brief	Geld	Brief
Dollar	20.00	24.00	22.00	21.00	22.00
Englische Pfund	100.00	1147.12	1126.75	992.57	974.02
Österreichische Schilling	1.00	97.75	97.25	91.25	90.00
Österreichische Krone	1.00	4.98	4.71	4.00	3.90
Schwedische Krone	1.00	6.08	6.00	5.00	5.00
Nordamerikanische Dollar	0.20	4.48	4.51	4.58	4.67
Schwedischer Kronen	0.20	1.20	1.20	1.20	1.20
Polnischer Zloty	0.20	140.14	140.00	123.50	125.00
Tschechische Krone	—	783.16	708.44	631.41	625.00

Effektenverkehr.

Während der Effektenmarkt in letzter Zeit infolge umfangreicher Verschmelzungsgerüchte verschiedentlich eine recht ansehnliche Lebhaftigkeit aufzuweisen hatte, war das Geschäft in den letzten Tagen in Ermangelung jedweder Nachfrage und vor allem infolge der neuerdings zunehmenden Verflechtung an offenen Geldmarkt stark zusammengeschrunken. Der heutige Freibrief zeigte im Gegenfug zu den letzten Börsen und auch der Börsennotierungen ein seit längerer Zeit nicht mehr beobachtetes Bild. Die Nachfrage, insbesondere nach Kolonial- und Valutawerten, war geradezu fürmisch, und das an den Markt kommende Material fand zu sprunghaft gesteigerten Kursen reichenden Absatz.

Die Berliner Währungsnotierungskommission notiert am 18. April im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel, wobei Fracht und Gebinde zu Lasten des Käufers gehen, folgende Preise: I. 7000 M., II. 6000 M. Tendenz ruhiger.

Gedenktage für den 20. April.

- 571 Mohammed, Stifter der mohammedanischen Religion
- 1808 Napoleon III., Kaiser der Franzosen u. a. Palast Royale in Paris.
- 1832 Ernst v. Seyden Kämmerer.
- 1869 Franz Liszt, Komponist.

Letzte Nachrichten.

Unterbrechung der Stützungsaktion.

Berlin. Die Reichsbank hat in der letzten Zeit im Interesse der deutschen Wirtschaft die ausländischen Devisen auf gleicher Höhe gehalten. In den letzten Tagen hat die Spekulation gegen diese Stützungsaktion einen scharfen Vorstoß unternommen und die Reichsbank hat sich nun, wie die Telegraphen-Union aus durchaus zuverlässiger Quelle erfährt, entschlossen, der Spekulation Raum zu geben, um im gegebenen Augenblicke mit starker Hand neuerdings einzugreifen. Die am Mittwoch in Erscheinung getretene Maßnahme bedeutet keine Unterbrechung sondern nur eine andere Methode der Stützung. Natürlich ist diese Maßnahme für alle die Firmen, die mit dem Auslande arbeiten müssen, von allergrößter Bedeutung. Das Kabinett hat sich am Mittwoch abend kurz mit der Markstützungsaktion beschäftigt, aber mit Rücksicht darauf, daß sich im Augenblicke die Bewegung am unbeeinflussten Devisenmarkt noch nicht absehen läßt, von einer bestimmten Stellungnahme abgesehen. Zu berichten ist, daß die Reichsbankleitung, nachdem verschiedentlich große Summen der Reichsbankgelder ins Ausland gegangen sind, andere Methoden zur Stützung des Marktes einleiten könne, als das bisher üblich war. — Zur Begründung des gestrigen Marksturzes wird dem „Kohalanziger“ mitgeteilt, daß an der Londoner Börse am Dienstag für 900 000 Pfund deutsche Reichsmark auf den Markt geworfen worden sind. Woher diese bedeutenden Angebote stammen, ließ sich noch nicht feststellen. Es liegt die Annahme nahe, daß französische Maschinenfabriken hierzu die Veranlassung gegeben haben, um die Markstützung zu sabotieren, um auf diese Weise Deutschlands Widerstand zu brechen.

Die Verhandlungen von Remel abgebrochen.

Berlin. Die Verhandlungen über das Remelstahl sind abgebrochen worden. Im großen und ganzen war eine Einigkeit zwischen den verhandelnden Parteien und Litauern bereits erzielt worden. Dagegen ergaben sich Schwierigkeiten bei der Beratung über die Hafenkontrolle und über die Internationalisierung des Remelstromes. Die polnischen Vertreter hatten hierzu Forderungen aufgestellt, die die Litauer für unannehmbar erklärten.

Verhaftung eines Esberger-Mörders?

Berlin. Wie dem „Saalfelder Kreisblatt“ mitgeteilt wird, ist nach Mitteilung der Kriminalabteilung Weimar der Kaufmann Schulz aus Saalfeld, der des Mordes an Esberger beschuldigt ist, in Genua verhaftet worden. In Berliner zuständigen Stellen ist allerdings von einer derartigen Verhaftung nichts bekannt.

Vor einer großen Rede Lord Curzons.

Paris, 18. April. Dem „Petit Parisien“ wird aus London gemeldet: Lord Curzon ist in Begleitung seines Kabinetschefs nach London zurückgekehrt. Er soll die Absicht haben, nächsten Freitag im Oberhaus eine große Rede über die allgemeine Lage Europas zu halten.

Sächsisches

Freital. Am Sonnabend schloß ein in Halsberg wohnender 74jähriger Invalide im Stadteil Deuben seine 75jährige Geliebte mit einem kleinen Lertzerl in den Hals. Die Verletzungen sind nicht tödlich. Der Täter wurde festgenommen.

Dresden. Am Sonntag ist aus der Frühjahrsausstellung des sächsischen Kunstvereins auf der Brühl'schen Terrasse ein kleines Oelgemälde von Rudolf Schaeffer, das drei holländische Fischer darstellt, gestohlen worden. Der Künstler legt eine ungewöhnliche Belohnung für die Wiederherstellung aus. Er will den Finder kostenlos porträtieren.

— Das Wirtschaftsministerium hat für die im Freistaat Sachsen gewonnene Milch und die aus dieser Milch hergestellten Erzeugnisse neue Höchstpreise festgelegt, die in der „Sächsischen Staatszeitung“ Nr. 8 vom 18. d. M. abgedruckt sind. Sachsen wird wie bisher in zwei Milchpreisklassen eingeteilt, deren eine, die Zone 2 (Gebirgszone), wegen ihrer besonders ungünstigen

Wirtschaftslage für Milch und Milchzeugnisse einen Zuschlag zu den Preisen des zur Zone 1 gehörigen übrigen Landes erhält. — Die Verordnung tritt am 22. April in Kraft.

Die sächsische Regierung beantragt, wie aus Dresden gemeldet wird, eine Erhöhung ihres Schatzanweisungskredits von 5/10 auf 20 Milliarden Mark in einer besonderen Vorlage, da der Staatshaushalt, der die gleiche Forderung enthält, erst am Dienstag dem Landtage zugegangen ist und daher erst in Monaten verabschiedet werden kann, die Regierung aber das Geld schon vorher braucht.

In der letzten Dresdener Gesamtsitzung wurden folgende Beschlüsse gefaßt: In einer Vorlage des Fürstbischöflichen Ordinariats werden als Beihilfen an die zu seinem Bereich gehörigen gemeinnützigen Vereine und Anstalten für das Reich 1923 rund 22 Millionen Mark, in einer Vorlage des Jugendamtes für gleiche Zwecke rund 107 Millionen Mark angefordert, deren Einsetzung in den Haushaltsplan 1923 man mit der Maßgabe beschließt, daß Vorauszahlung daraus bereits vor Verabschiedung des Haushaltsplanes erfolgen kann. Weiter werden in den Haushaltsplan des Fürstbischöflichen Ordinariats für Zwecke der Kleinrentnerfürsorge rund 108 1/2 Millionen Mark, als Berechnungsgeld für außerordentliche Notstandsarbeiten 50 Millionen Mark und zur Hilffleistung an die private Wohlfahrtspflege 1/2 Million Mark eingestellt. — Zur Beschaffung von Handarbeitsmaterial für den Nadelarbeitsunterricht in den Volksschulen werden 15 Millionen Mark, als Zuführungskosten zur Schulzahnklinik 1,7 Millionen Mark in den Haushaltsplan des Schulamtes eingestellt.

Der zweite Sohn des ehemaligen Königs, Prinz Friedrich Christian, hat sich in Sibirien mit der Prinzessin Elisabeth Helene von Thurn und Taxis verlobt.

Durch den neuen Minister des Innern Liebmann ist der Präsident der Staatspolizeiverwaltung, Dr. Adolph, seines Amtes enthoben worden. Zu seinem Nachfolger ist der Dresdener Polizeipräsident, der frühere Oberstaatsanwalt Thomas, ausersehen. Als dessen Nachfolger wird wiederum ein Anhänger der sozialdemokratischen Partei genannt.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Der Reichsrat hat gegen eine Vorlage der Reichsregierung zugestimmt, durch die die Sätze der Erwerbslosenunterstützungen erheblich, in den hauptsächlichsten Beträgen bis zu 60 %, erhöht werden. Die Erhöhung tritt mit Wirkung vom 16. ds. Mts. alsbald in Kraft. Die genauen Sätze werden möglichst bald bekannt gegeben werden, sobald vielfach schon Ende der Woche nach den neuen Sätzen wird ausgezahlt werden können.

Kadeberg. Die Verpflegungskosten im Krankenhaus betragen hier in der 1. Klasse für Heilge 8000 M., für Auswärtige 10 000 M., in der 2. Klasse 4500 bzw. 6500 M., für Kinder 2000 bzw. 2500 M., für Kinder unter 6 Jahren entsprechend weniger.

Heidenau. Die Firma Ostbusch hier stellt nach einem neuen Patent einen Ersatzfahrrad aus einer aus Holz und Pappe bestehenden Masse.

Stadt Wehlen. Am Freitag wurde von der Polizei in Wehlen ein Chauffeur von hier festgenommen, der aus einem hiesigen Sägewerk, wo er als Chauffeur in Stellung war, einen größeren Posten Rothholz gestohlen hatte. Das Holz hatte er mit einem Lastauto, das er nach Dresden zur Reparatur bringen sollte, zum Teil nach Wehlen zu seinen dort wohnenden Eltern und einen Teil nach Weidenbühl zu den Eltern seiner Braut geschafft und daselbst abgeladen.

Pirna. Zur Bekämpfung des wilden Butterhandels beschloß der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Pirna auf Vorschlag

des Regierungsrates Dr. Uhlmann, ähnlich wie es in der Amtshauptmannschaft Oschatz der Fall ist, als Versuch einen Zwang für Händler einzuführen. Die Amtshauptmannschaft tritt in diesem Falle als Polizeibehörde auf und wird eine entsprechende Verordnung mit Strafandrohungen für Übertretungen erlassen.

Aue. Wegen unrichtiger Angaben in den Steuererklärungen mußten, wie das Finanzamt bekanntgibt, in letzter Zeit verschiedene Geschäftsleute mit empfindlichen Geldstrafen belegt werden. Es sind beispielsweise Steuerbeträge von 723 825 M., 821 248 M., 576 320 M., 1 039 583 M., 1 338 904 M. eingezogen worden.

Hohenstein-Ernstthal. Ein umfangreicher Waldbrand entzündete durch die Fahrlässigkeit eines 12jährigen Schulknaben kürzlich in dem gräflichen Forstrevier Hainholz, durch den der Teil eines sechsjährigen und der Teil eines zwölfjährigen Fichtenbestandes vernichtet wurde. Der Brand wurde nach großer Mühe von einer größeren Anzahl von Personen gelöscht. Der Knabe hatte am Waldrande in der Nähe eines Leides ein Streichholz angezündet, mit dem er dem trockenen Waldgras zu nahe gekommen war. Als das Feuer weiter um sich griff, war der Knabe in seiner Angst davongelaufen.

Mittweide. Zwei Selbstmorde haben sich hier an einem Tage zugetragen. In dem einen Falle schloß sich ein aus Berlin gebürtiger 20jähriger Studierender am hiesigen Technikum und im anderen Falle ein 18jähriger arbeitsloser Arbeiter von hier eine Kugel in die Schläfe. Beide Lebensmüden erlagen bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus ihren Verletzungen. Während bei dem Studierenden die Ursache unbekannt ist, spielen bei dem Arbeiter Familienverhältnisse eine Rolle.

Plauen i. V. Im Lausperengebiet ist in der letzten Zeit außerordentlich viel Metall gestohlen worden. Die Wiederherstellungsarbeiten verursachen so hohe Kosten, daß der Preis des Leitungswassers vom Räte der Stadt erhöht werden mußte.

Plauen i. V. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Plauen hat die Beteiligung an der Ruhrspende mit 6 sozialdemokratischen gegen 4 bürgerliche Stimmen und die des Amtshauptmanns abgelehnt. Auf Vorschlag der Amtshauptmannschaft sollten 100 000 M. als Ruhrspende zur Verfügung gestellt werden.

Wahnen. In Steinigtalwiesdorf drangen Einbrecher in eine Wohnung ein, als die Bewohner einer Theateraufführung im Ort beluohnten. Den Dieben fielen Kleidungsstücke im Werte von fast 2 Millionen Mark in die Hände.

Wahnen. In Studienweiden sind drei Mitglieder des Betriebsrates der Bauhner Waggon- und Maschinenfabrik A.-G., vormals Busch, in das Ruhrgebiet abgereist. Die Kosten hat die Waggonfabrik zur Verfügung gestellt.

Waldau. Neben der Herabsetzung der Strompreise ist man hier auf eine Herabsetzung der Gaspreise gekommen. Während dieser Preis für März noch 700 M. betrug, ist er für April auf 600 M. ermäßigt worden.

Donnerstag mittag (im Freibrief):
Dollar 29 000—30 000
Tschechische Krone 800

Stabiler **Kinderwagen** zu verkaufen. Näheres guterhalt. i. d. Geschäftst. d. Blattes
Rot- und Weißwein-Flaschen kauft Herrn Richter M. Obertorplatz 145

Reichstagsabgeordneter Sollmann-Köln

spricht **Sonnabend** den 21. April abends Punkt 8 Uhr **im Schützenhaus** über „Die politische Lage im Reich — Ruhrbesetzung“ Freie Ausprache. — Nicht zahlreichem Besuch erwartet. B. S. V. D.

Preiswert:

Elegante Schläpfer, Herren-, Burtschen-, Knaben-Anzüge, Manchester-Sportanzüge, Sommerjoppen, Kinderwaschanzüge, Zeltbahnstoffe, Breeches-, Arbeits-hosen in großer Auswahl, Frühjahrs-Damenmäntel Zell- Bekleidungshaus Otto Metzger, Freiberg, Sa., zahlung

Schwefelsaures Ammoniak, Thomasmehl, Kalisalz 42%, La Notkleeaat empfiehlt

Henker, Höckendorf.

Hühneraugen werden Sie sicher los d. Hühneraugen-Labowohl. Hornhaut an der Fußsohle beseitigen Labowohl-Ballen-Schleifen. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf in Drogerien und Apotheken. Drogerie zum Elefanten, H. Lommatzsch.

Sie sparen Zeit, Porto und Fracht, wenn Sie Ihre Drucksachen am Orte herstellen lassen. Die Buchdruckerei von Carl Fehne liefert pünktlich ordentliche Arbeit zu realen Preisen. Fernruf 3

Freibank. Freitag von 5 Uhr ab Verkauf von **Rindfleisch.**

Osterjunge in die Landwirtschaft gesucht. W. Köhler, Dippoldswalde.

Schafwolle kauft von Landw. und Händlern **Wollzentrale Dresden, Grunauer Straße 22, I.**

Fleisch Roßschlächterei **Paul Lieber.**

Ein Blasebalg zu verkaufen Reibzbg 6b.

Sämtliche Farben, Lacke etc.

Hermann Lommatzsch Drogerie zum Elefanten **Dippoldswalde**

Hochtragende Kuh mit 2 Kalb gebend, verkauft Erb. ericht Obercunne sdorf

Stern Lichtspiele

Freitag abend 7/9 Uhr: Der gewaltige, dreiteilige (Auslands-Sensations-)großfilm **Das Geheimnis der Guillotine**

1. Teil: „Galaor, der Held aus dem Volke“ in 5 großen Akten. Das größte und gewaltigste Werk, was je geschaffen wurde. Aufzügen:
„Das Geheimnis des Kilometersteins 13“ Ein spannendes Drama in 3 Akten. Um zahlr. Besuch bitten F. Reduzer. „Das Geheimnis der Guillotine“, 2. Teil, folgt am Dienstag.

Gewerbegehilfen-Verein

Reinhardt's Grimma und Umgegend. Sonnabend den 21. April im Gasthof zum Ergerlcht **Bereins-Vergnügen.**

Anfang 7 Uhr. Kapelle des Inf.-Reg. 10 Dresden. Bitte, durch Mitglieder eingeführt, sind herzlich willkommen. Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen der Vorstand.

Stelle ab Montag den 23. 4. nach beendeter Quarantäne einen Transport erstklassiger Schweer- und mittelschwerer

Zucht- und Milchkuh

solche hochtragende Ralben ganz preiswert zum Verkauf.
Paul Wolf, Dippoldswalde. Telefon 175. Schlachtvieh nehme in Zahlung.

Hochtragende Kuh

mit 2 Kalb gebend, verkauft Erb. ericht Obercunne sdorf

Lacke und Firnisse

Paul Lieber.

SLUB Wir führen Wissen.